

Von der Politik im Stich gelassen 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen Eine Bilanz mit Trauerrand

Es ist ein Tag der Erinnerung und Trauer. Es ist auch ein Tag der Heuchler. Er gereicht der deutschen Politik leider nicht zur Ehre.

Kaum dem Inferno von Krieg und Vertreibung entronnen, hatten am 5. August 1950 die Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen ihren Verzicht auf Rache und Vergeltung formuliert und ihre Bereitschaft erklärt, durch harte, unermüdliche Arbeit am Wiederaufbau ihres zerstörten Landes und Europas mitzuwirken – „ im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“

„Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten.“

So steht es in der Charta. Und dazu das Verlangen, das Recht auf Heimat als Grundrecht anzuerkennen und zu verwirklichen. „Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“

Die Männer, die diese Erklärung unterschrieben haben – 31 Repräsentanten von ostdeutschen Landsmannschaften und Heimatverbänden – wussten sehr genau, wovon sie sprachen. Sie hatten Krieg, Verfolgung und Verwüstungen mit all ihren Folgen erfahren. Sie wollten Recht und Gerechtigkeit. Haben sie diese bekommen?

Die Integration gelang. Und dann?

Die Integration der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in Deutschland ist gelungen – wirtschaftlich, moralisch und vor allem friedlich. Sie wirkten mit am Wiederaufbau des Landes, engagierten sich für Europa und die Vereinigung des west- und mitteldeutschen Landsteils. Deutsche + Deutsche = Ein Volk.

Die Parteien? Die handelten pragmatisch. Viele sagen: opportunistisch, nicht unbedingt einer nationalen Interessenlage folgend. Am Anfang hieß ihre Devise: Die Menschen ruhig stellen. Wähler gewinnen. Sich mit den Anliegen der Vertriebenen identifizieren. Immerhin ging es um Millionen Wählerstimmen. Und die Schlagzeilen der Wahlkämpfe waren entsprechend:

„Mit der SPD von Bonn über Berlin für ein freies, soziales und geeintes Deutschland (1950).“

Im gleichen Jahr postulierte die CDU:

„Das ganze Deutschland soll es sein – zum ungeteilten Vaterland durch die CDU.“

Königsberg war auf dem Plakat zu sehen, Danzig, Stettin und Breslau.

Heute wissen wir, was das war – ein falsches Spiel. Leere Versprechungen einer Umarmungsstrategie. So, wie bei der jahrelangen Vereinigungsrhetorik, als es um BRD und DDR ging. Erst der Ruf „Wir sind das Volk“ brachte 1989 Wahrheit in das politische Geschehen – und damit die deutsche Wiedervereinigung. Nicht die Politik hatte sie initiiert. Das Volk hatte sie ersehnt – und die Politik einfach mitgerissen.

Die Parteien hatten Hoffnungen geweckt, die sie nicht erfüllen konnten. Immerhin – die Flüchtlinge und Vertriebenen blieben ruhig, vielleicht sogar zu ruhig. Keine Kampagnen, keine Massendemonstrationen. Nur jahrelanges stilles Leiden und Hoffen, immer nur Hoffen. Zuerst auf die Rückkehr in die alte Heimat. Auf das Recht – das Heimatrecht als Menschenrecht, das Selbstbestimmungsrecht, das Völkerrecht. Auf das also, was gleichermaßen für alle Menschen und Staaten gilt. Für Deutsche nicht? Außer politischer Rhetorik – nichts. Schweigen. Abwiegeln. Schließlich sogar ein Umschreiben der eigenen Geschichte im Sinne deutscher Schuld, die halt Folgen gezeitigt hätte. Das Volk blieb immer noch ruhig, das Recht auf Heimat eine Floskel. Jahrzehnte vergingen. Und die Spekulation auf eine biologische Lösung des so unbequemen deutschen Flüchtlingsproblems trug Früchte. Heute ist die Erlebnisgeneration weitgehend ausgestorben. Protestwähler kommen mehr und mehr aus ihren Nachfolgenerationen und von deutschen Bürgern, die sich der politisch gewollten Manipulation ihrer Geschichte widersetzen. Von Bürgern, die deutsche Geschichte so kennen, wie sie wirklich war...

Das Volk entgleitet der politischen Führung

Das Deutschland vor 60 Jahren ist heute ein ganz anderes Deutschland. Ein Deutschland der Relativierungen, der Selbstanklagen, der besserwisserischen Kommentare sogar zum Inhalt der Charta. Gewiß: „Ein wahres deutsches Wunder“ kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Charta und ihre Folgen beeindruckt. Und Bundestagspräsident Lammert nannte sie gar „ein Gründungsdokument der Bundesrepublik und Voraussetzung für ihre Erfolgsgeschichte,“ der Text könne auch helfen, die Zukunft zu bewältigen. Das klingt gut und ist sicher so gemeint. Nur – was bedeutet das für die praktische Politik, für das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen? Die haben da ihre eigenen Erfahrungen. Schon ein kurzer Blick zeigt Beispiele.

Da ist der Kampf um das „Zentrum gegen Vertreibungen“. Gegründet im September 2000, sollte es, so dessen Gründer,

„...den deutschen Vertriebenen jenes Maß an Mitgefühl signalisieren, das ihnen in den letzten Jahrzehnten weitgehend verweigert wurde...Diese Geschichte darf nicht ausgelagert werden, sondern muß im nationalen Gedächtnis einen zentralen Platz einnehmen...“

Alles richtig. Doch was ist aus dieser Absicht geworden? Ein politischer Kampfplatz, ein Streit um Deutungen, in Summe ein Zeugnis geschichtlicher Unkenntnis, wohl auch Verdrängung, unserer herrschenden Klasse.

Jüngstes Beispiel: SPD und Grüne agitieren gegen zwei Mitglieder des Stiftungsrates, gegen Arnold Tölg und Hartmut Saenger. Sie hatten sich – welche Untat im Land der politischen correctness! – tatsächlich eigene Meinungen erlaubt. Hartmut Saenger kritisierte die kriegerische Haltung Polens nach dem Ersten Weltkrieg (was stimmt!) und Arnold Tölg äußerte sich zum Thema Kriegsverbrechen so: „Während in Nürnberg von den Siegern die deutschen Kriegsverbrechen zurecht verurteilt wurden, haben die gleichen Länder bezüglich Zwangsarbeitern ähnliche Verbrechen begangen wie Hitler-Deutschland“ (was ebenfalls stimmt!). Und jetzt? Aufregung im linken Lager, frei nach Christian Morgenstern: „Weil, so schloß er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf.“

Da ist ein deutscher Außenminister, wie ein Musterknabe auf dem Sofa des polnischen Staatspräsidenten sitzend und – ein braver Schüler eben – bereit, auf polnischen Wunsch die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen im Vorstand des „Zentrums“ zu verhindern – was ihm auch gelang.

Da ist eine deutsche Bundeskanzlerin, die am 1. September 2009, dem Jahrestag des Kriegsbeginns mit Polen, wörtlich erklärt:

„Heute vor 70 Jahren begann mit dem deutschen Überfall auf Polen das tragischste Kapitel in der Geschichte Europas...“

Das tragischste Kapitel – weiß Gott, ja. Aber „ein deutscher Überfall“? Auf ein Land, das zuvor bereits tausende Deutscher verfolgt, drangsaliert, umgebracht und gerade die Generalmobilmachung seiner Truppen gegen Deutschland angeordnet hatte? Kommt ein „Überfall“ etwa nicht unerwartet, ganz plötzlich? Und: Hatte Polen in den Monaten und Jahren zuvor etwa nicht seinen Kriegswillen öffentlich gemacht? Und dann ein deutscher „Überfall“? Wo mag Frau Merkel bloß im Geschichtsunterricht gewesen sein?

Da ist ein (ehemaliger) deutscher Bundespräsident, der zwar von der mörderischen Vertreibung seiner Landsleute spricht, diese aber nicht so zu nennen wagt. Bei ihm heißt dieses Verbrechen, bei dem mehr als zwei Millionen Menschen, zum Teil auf die fürchterlichste Weise, umgekommen sind, ganz einfach „Erzwungene Wanderung“ – wie bei einem eher lustlosen Sonntagsspaziergang... Ein unerträglicher Grad deutscher Selbstverleugnung. Niemals ist ein derartiges Verbrechen heuchlerischer mit humanisierenden Phrasen beschönigt worden...

Da fördert eine deutsche Bundesregierung den Beitritt der Tschechei zur Europäischen Union – und das durchaus im Wissen um die Vertreibung von 3,2 Millionen Deutschen, von denen 250 000 durch Mord und Totschlag ihr Leben verloren haben. „Legalisiert“ sein sollte das durch die so genannten Benesch-Dekrete. Deren offenkundiges Unrecht wurde in der Tschechei sogar ausdrücklich als Verfassungsgesetz bestätigt, gilt bis heute und wird von der EU respektiert! Was tat die deutsche Bundesregierung dagegen, was die Vertriebenenverbände?

Warum kein Völkerrecht für Deutschland?

Prof. Alfred de Zayas, der bekannte amerikanische Völkerrechtler, sieht die Situation sehr klar:

„Wenn Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschheit verübt worden sind, hat der verantwortliche Staat die Verpflichtung, diese Verbrechen zu ahnden und den Opfern Wiedergutmachung zu leisten.“

Nach denselben Maßstäben, die in Nürnberg gegen die Nazis angewandt wurden, stellen die Vertreibungen und Verschleppungen der Deutschen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar... Es ist ein Skandal, dass dieser selbstverständliche Anspruch der Vertriebenen auf diplomatischen Schutz weder von Berlin noch von Wien respektiert wird.“

Das ist die Lage nach 60 Jahren Charta. Und wie wird sie künftig sein – nach den wohlmeinenden Reden zum Jubiläum? Heute ist eine ehrliche Bilanz ohne Trauerrand nicht möglich. Gewiß – die deutsche Integration ist vollzogen. Das gilt nach innen. Aber nach außen, vor allem nach Polen und Tschechien? Da regiert deutsches Duckmäusertum. Da wird unentwegt nach Versöhnung gerufen. Doch so wichtig sie für ein friedliches Zusammenleben auch ist – so kann es sie nicht geben. Nicht ohne Ehrlichkeit, nicht ohne Umdenken der deutschen politischen Klasse und ihrer Medien. Nicht ohne geschichtliche Wahrheit. „Eine Macht, die die Wahrheit nicht braucht, ist eine Banditenmacht,“ soll die 2006 ermordete russische Journalistin Anna Politowskaja gesagt haben. Das ist hart. In Deutschland sollte die Wende zur Wahrheit dagegen mit mehr nationalem Gewissen und besserer Kenntnis der jüngeren Vergangenheit möglich sein.

Ein Symbol deutscher Vertriebenenpolitik ist das Zentrum gegen Vertreibungen, das jetzt „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ heißt. Auch, wenn es nur noch ein Torso des Ursprungskonzepts von Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) ist – wir müssen gegenwärtig damit leben. Das wird auch künftig nicht ohne Anfeindungen möglich sein, nicht ohne Forderungen nach einer Umdeutung der Geschichte im Sinne linker Ideologien. Diese Brandsätze, wie gerade im Falle Saenger und Tölg, werden auch wieder verglimmen. Man sollte sie ignorieren. Es gibt sehr viel Wichtigeres zu tun in unserem Lande!

Vielleicht können wir dann eines Tages auch den Trauerrand von der Charta entfernen und ihren Unterzeichnern die verdiente historische Ehre erweisen.

Lutz Radtke